

Fragezeichen der Zukunft der ungarischen Wirtschaft

Die Bajnai Regierung übernahm das Land in einer kritischen Lage. Es gelang zwar im Oktober 2008 die direkte Gefahr des finanziellen Zusammenbruches durch das standby Darlehen der IMF zu vermeiden, blieb aber der ungarische Finanzmarkt – wegen des hohen ausländischen Finanzierungsbedarfes des Staates und des Banksystems – nach wie vor sehr verletzlich. Die ausländischen Investoren hielten sich weiterhin fern von dem ungarischen Staatspapiermarkt, und noch mehr versuchten sie die ungarischen Staatspapiere loszuwerden (zwischen dem Ausbruch der Krise und April 2009 haben sie 1000 Mrd. HUF Staatspapiere verkauft). Der Forintkurs verstärkte sich bereits zwar seit von über 300 HUF im Februar auf 285 HUF/Euro, der Devisenmarkt aber blieb nach wie vor sehr zerbrechlich.

Wegen dem nervösen Zustand der internationalen Geldmärkte und der besonders negativen Beurteilung der ungarischen finanziellen Lage hatten die ungarischen Banken (die vor allem Tochtergesellschaften von ausländischen Banken sind) besonders schwer und vor allem sehr teuer Zugang zu ausländischen Quellen. Die Kredittilgungsraten der ungarischen Bevölkerung, die ihre Schulden seit 2004-2005 in erster Linie in Devisen hatte, erhöhten sich wegen der Kursabschwächung und der Zinserhöhung drastisch, gerade dann, als immer mehr Leute ihre Arbeitsstelle durch die Krise verloren haben.

Nach dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise sank die internationale Beurteilung Ungarns auf einen historischen Tiefpunkt. Sowohl die ausländischen Investoren, als auch die internationale Presse registrierte Ungarn unter den schwächsten Ländern der Region. Das hat im Großen und Ganzen gestimmt: alle Kennziffern der Angewiesenheit auf die ausländischen Finanzierungsquellen verschlechterten sich in den vergangenen Jahren dramatisch. Die Krise machte die Gefahren der finanziellen Auslieferung, die für die ungarische Wirtschaft auch früher typisch waren, offenbar. In der Phase der genügenden internationalen Liquidität störte dies die nach Anlagemöglichkeiten suchenden ausländischen Investoren nicht so sehr, als dann, wenn diese Liquidität verschwand und die Investoren deutlich vorsichtiger wurden.

Das Darlehenspaket des Internationalen Währungsfonds und der EU löste nur die kurzfristigen, akuten finanziellen Sorgen, half aber nicht, das Vertrauen der ungarischen Wirtschaft wieder herzustellen. Kurzfristig verdarb sogar das Darlehen die Situation, denn es machte eindeutig sichtbar, dass der ungarische Geldmarkt auf eine schnelle Hilfe angewiesen war. Im Programm des IMF kam Ungarn mit Ländern, die bei weitem nicht für ihre finanzielle Stabilität berühmt sind, in eine Gruppe.

Dringende Notwendigkeit der finanziellen Stabilisierung durch die Senkung der Staatsausgaben

Aufgrund dessen war es eindeutig, dass ohne Aufschub Maßnahmen getroffen werden müssen, um das internationale Vertrauen an dem Land wieder herzustellen und die Staatsbudgetausgaben zu senken. Dies war nicht nur kurzfristig wichtig, sondern auch wegen der Schaffung eines langfristig stabilen fiskalischen Systems. Die Wurzel des schwersten Problems der ungarischen Wirtschaft lag nämlich in der Ausgabenüberziehung des Staatshaushaltes, was seit 2002 mit der unaufhaltbaren Erhöhung der Staatsschulden verbunden war. Während die Schulden des Staates 2002 52% des GDP betrug und eine sinkende Tendenz zeigte, drehte sich dies 2002 um und im Herbst 2008 überstieg die Verschuldung sogar 70% (siehe Abbildung). Das Haushaltsdefizit erreichte zwischen 2002 und 2006 durchschnittlich 8% im Verhältnis zum GDP, was aus dem Grund besonders himmelschreiend ist, weil diese Jahre durch schnelles, jedoch ständig sinkendes Wirtschaftswachstum charakterisiert waren, und es anderen europäischen Ländern gelang, das Defizit des Staatshaushaltes zu reduzieren.

Nach den Parlamentswahlen 2006, als die bisherig regierende sozial-liberale Koalition an der Macht blieb, kam es zu der ersten Korrektur. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz wurde von 15% auf 20% erhöht (nachdem vor der Wahl die normale Mehrwertsteuer von 25% auf 20% reduziert wurde), zahlreiche neue Steuerarten wurden eingeführt, die Raten der bestehenden Steuern wurden erhöht. Das erste Korrekturprogramm, das in erster Linie auf Erhöhung von der Steuerbelastung basierte, führte schon kurzfristig erfolgreich zu der Reduzierung des Staatshaushaltsdefizits (das Defizit sank 2007 von 9,2% des Vorjahres auf 5%, dann 2008 auf 3,8%). Gleichzeitig betrug das Wirtschaftswachstum fast Null und die ungarische Wirtschaft blieb in der Anschließung zu den anderen V4-Ländern, den Visegráder Ländern (der Slowakei, Tschechien und Polen) immer mehr zurück, gerade in den Jahren, wo die ausländische Konjunkturlage optimale Bedingungen für solche exportorientierte Märkte, wie den ungarischen, schuf.

Vor dem Ausbruch der Krise waren die Ausgaben des ungarischen Staatshaushaltes im Verhältnis zum GDP die dritthöchsten in der Europäischen Union und überstiegen deutlich das Ausgabeniveau der neuen EU-Länder mit ähnlichen Gegebenheiten.¹ Die Staatsschulden erhöhten sich ebenfalls nach der Einführung des Ausbesserungspaketes, weil die Zinslasten bis dahin stark gewachsen sind, die nur mehr durch ein vorrangiges (ohne Zinsenzahlung gerechnet) Plus hätten kompensiert werden können.

Die oben beschriebenen Widersprüche bedeuteten bereits vor dem Ausbruch der Krise eine Spannung in der ungarischen Wirtschaft und es gab keinen Ausweg aus der Verschuldungsspirale. Um ein vorrangiges Plus zu erreichen, wäre ein schnelleres Wirtschaftswachstum notwendig gewesen, das aber von den hohen Steuerlasten wegen der unverändert horriblen Staatshaushaltsausgaben verhindert wurde. 2007-2008 befand sich die ungarische Wirtschaft in diesem Teufelskreis: aus einer sich kaum wachsenden Wirtschaft musste man einen sich verbessernden Staatshaushalt erpressen, während die Regierung darauf bestand, die staatlichen Ausgaben auf einem hohen Niveau zu halten. Dieser Versuch war von Haus aus zu Misserfolg verurteilt.

Der Ausbruch der Krise machte die Notwendigkeit der Reduzierung des Staatshaushaltsdefizits eindeutig. Die Regierung verpflichtete sich in der stand-by Darlehensvereinbarung mit IMF für die Ausgaben reduzierenden Maßnahmen, die bereits kurzfristig zu deutlichen Ersparnissen führen, unter anderem die Abschaffung des 13. Monatsgeldes der Beamten, sowie über die vollkommene Zurückziehung der im Jahre 2002 eingeführten 13. Monatsrente. Von der Regierung wurden diese Maßnahmen nur teilweise durchgeführt. Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány war nach der „Rede von Öszöd“² nicht glaubwürdig genug und hatte keine moralische Hintergrundkraft, die Bevölkerung zu überzeugen, die Notwendigkeit dieser schmerzhaften Maßnahmen zu verstehen und zu akzeptieren. Unter diesen Umständen übergab er die Funktion an Bajnai Gordon und seine neue Regierung.

Maßnahmen der Bajnai-Regierung: finanzielle Stabilisierung

Die Tätigkeit und das Mandat der Bajnai-Regierung richtet sich im Grunde genommen auf *drei* Aufgaben: 1. Die erste und dringendste Aufgabe ist die oben schon erwähnten Maßnahmen zur fiskalischen Stabilisierung zu treffen und das Budget 2009 dementsprechend durchzuführen. 2.

¹ Bis Ende 2008 fiel Ungarn auf den 4-5. Platz zurück, da die Mehrheit der EU Länder in der zweiten Hälfte 2008 mit deutlicher Erhöhung der staatlichen Ausgaben auf die Krise reagierte.

² Im Sommer 2006 kündigte Gyurcsány Ferenc in Öszöd seinen Parteikollegen in einer geschlossenen Veranstaltung, dass sie die Bürger „belogen haben“, während sie „Tausende von Tricks benutzt haben“. Nach der Veröffentlichung der Rede kam es zu Unruhen im Land und die bereits angespannte politische Lage vertiefte sich mehr.

Einen strengen Haushaltsplan für das Jahr 2010 mit der Einhaltung des Defizitzieles unter 4% des Bruttoinlandprodukts zu erstellen und ihn vom Parlament verabschieden zu lassen. 3. Die strukturellen Veränderungen einzuleiten, die als Basis zur Einhaltung des Defizitzieles des Jahres 2010 dienen. Die letzten beiden Aufgaben hängen eng miteinander zusammen, da ohne bestimmte strukturelle Veränderungen die erforderliche Grundlage für das Budget 2010 nicht gelegt werden kann. Und gerade darin liegt der Widerspruch der Aufgabe: wegen Zeitmangel können gut durchdachte Reformen kaum mehr durchgeführt werden, die Ausgaben müssen aber unbedingt reduziert werden.

Was das Programm zur *Krisenverwaltung* betrifft, hat die Bajnai-Regierung die Maßnahmen durchgeführt, die in der Vereinbarung mit dem IMF stehen und auch in Fachkreisen schon längst forciert werden. Neben der Abschaffung der 13-ten Monatsleistungen wurden zahlreiche weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Ausgaben getroffen: Für zwei Jahre wurden die Gehälter der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst eingefroren, das Krankengeld wurde gekürzt, zahlreiche Einschränkungen wurden im System der Familienförderung eingeführt und die Berechtigung zur sozialen Unterstützung beschränkt. Zu den Maßnahmen der Krisenbewältigung gehörte die Erhöhung des Mehrwertsteuers einheitlich auf 25%, vom Juli 2009 an. Diese Maßnahmen sind den Vorschlägen sehr ähnlich, die das von Arbeitgebern und den Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften gegründete Reformbündnis im März 2009 vorlegte, und denen, die der damalige Ministerpräsident, Ferenc Gyurcsány, noch ablehnte, indem er sie „einfrierend“ nannte. Die Ähnlichkeit ist kein Zufall, denn die Vorschläge des Reformbündnisses zum Steuersystem wurden vom gegenwärtigen Finanzminister erarbeitet.³ Die oben aufgezählten Maßnahmen verbessern den diesjährigen Saldo des Budgets um 300-320 Milliarden Forint (1,2% des BIP).

Die Maßnahmen der Krisenbewältigung haben das Vertrauen der ungarischen Wirtschaftspolitik gegenüber relativ schnell verstärkt und erbrachten schnelle Ergebnisse auch auf dem Geldmarkt. Ab Juli zeigte sich wieder Nachfrage nach den ungarischen Staatspapieren, so konnte es mit den Wertpapierauktionen wieder losgehen, anfangs bei sehr hohen, aber schnell zurückgehenden Erträgen. Der Kurs des Forints stabilisierte sich. Die Stabilisierung der finanziellen Lage ermöglichte der Zentralnotenbank die Leitzinsen entschieden zu senken. Der ungarische Leitzinssatz (Anfang November 7%) ist im Vergleich zum Leitzinssatz von 1-2-3% der europäischen Ländern immer noch außerordentlich hoch, aber die zurückgehende Tendenz lässt erhoffen, dass sich gegen Ende des nächsten Jahres einen Leitzinssatz von 5% realisiert, sofern die fiskalische Konsolidierung fortgesetzt wird.

Zur Beruhigung des ungarischen Geldmarktes trug zweifellos auch die Verbesserung der internationalen Stimmung bei, aber in der Verstärkung des Vertrauens gegenüber der ungarischen Wirtschaftspolitik spielten die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen eine herausragende Rolle.

Unter den Maßnahmen der Krisenverwaltung gab es Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen sowie auch soziale Maßnahmen: durch die Bezahlung des 5. Tages vom Staat wurden die Firmen, die eine gekürzte Arbeitswoche einführten, unterstützt („Programm 4+1“); ein Überbrückungskredit von 2 Jahren wurde den Haushalten gewährt, die einen Immobilienkredit in Devisen haben und wo der Familienerhalter wegen der Krise seine Arbeit verloren hat.

Die Bajnai-Regierung begann auch mit dem langfristigen Programm der Steuersenkung. In diesem Rahmen führte sie in Bezug auf die die Arbeit belastenden Steuern schon ab 2009 eine geringere und ab 2010 eine bedeutendere Steuersenkung durch. Das ist sowohl in der Hinsicht des Antriebs

³ Der Autor des vorliegenden Beitrags und seine Mitarbeiter formulierten bei der Kopint-Tárki Geschlossene AG die Vorschläge des Reformbündnisses zur Reduzierung der staatlichen Ausgaben sowie die zum Wachstum und Antrieb der Wirtschaft.

der Wirtschaft, als auch in der der Linderung der Beschäftigungsprobleme außerordentlich wichtig, da das die die Arbeit belastenden Steuern in Ungarn gehören im europäischen Vergleich zu den höchsten, was ein großes Hindernis in der Erweiterung der Beschäftigung und Zurückdrängung der Schwarzwirtschaft ist. Dieses Problem zeigt auch, dass die (legale) Beschäftigungsrate eine der niedrigsten in Europa darstellt.

Die Dilemmas der nahen Zukunft

Die Bajnai-Regierung behauptete von Anfang an, dass sie eine Übergangsregierung sei, ihre Mitglieder wollten bei den Wahlen 2010 keine politische Rolle übernehmen. Das hat für sie erleichtert, die kurzfristigen Maßnahmen durchzuführen, allerdings machte es ihr schwieriger, mit den Maßnahmen zur mittel- und langfristigen strukturellen Veränderung anzufangen. Eigentlich war es auch nicht so leicht die Maßnahmen zur Krisenbewältigung beim Parlament durchzusetzen, da die Regierung ununterbrochen mit der Fraktion der Sozialisten, die die Einführung der einschränkenden Maßnahmen verzögerte, zu kämpfen hatte, während sie freilich auch mit der Unterstützung der Opposition nicht rechnen konnte. Seit dem Frühling 2008, seitdem die Freien Demokraten aus der Regierung ausgetreten sind, regieren die Sozialisten in Minderheit, die Mehrheit der Maßnahmen zur Krisenbewältigung unterstützten aber die Freien Demokraten von außen. Zum Schluss gelang es der Regierung sogar, die notwendigen Stimmen der Fraktion der Sozialisten zu bekommen.

Ein schweres Dilemma stellt jedoch dar, dass durch die kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen der Bajnai-Regierung die relativ *einfachen* Möglichkeiten zur Erweiterung der Einnahmen und Reduzierung der Ausgaben des Staatshaushaltes mehr oder weniger erschöpft sind, gemeint ist „Einfachheit“ freilich nicht im politischen sondern im wirtschaftlichen Sinne. Weitere bedeutende Ersparungen können größtenteils nur durch grundsätzliche Veränderung der Funktionsweise der Systeme im öffentlichen Sektor erreicht werden. In diesem Bereich gibt es noch große Reserven, der ungarische Staatshaushalt gibt nämlich für alle staatlichen Funktionen im Vergleich zum BIP auch heute noch mehr als die ähnlich veranlagten Nachbarländer aus und für bestimmte Funktionen sogar mehr als die alten, wohlhabenderen Mitgliedsländer der EU. Die staatlichen Systeme sind gleichzeitig geprägt durch Verschwendung und Geldmangel, durch fehlende Transparenz und Konzeptionslosigkeit. Hunderte von Milliarden verfließen aus den Geldern der Steuerzahler durch die Kanäle der schlechten Strukturen, die Nachlässigkeit und die Korruption. Diese Sparmöglichkeiten können aber nur durch kleine, genaue Veränderungen, durch die detaillierte Überprüfung und Neufundierung der Aufgaben, die von staatlichen Institutionen verrichtet werden, erreicht werden Das ist aber ein sehr zeitaufwendiger Prozess.

Das schwierigste Problem ist, dass das Staatshaushaltsdefizit auf die Weise unter 4 Prozent gehalten werden soll, dass die Leistung der Wirtschaft gleichzeitig stagniert (Laut Prognosen der Regierung reduziert sie sich 2010 um 0,9%). Andere europäische Länder können sich leisten, die negativen Wirkungen der Krise durch die Erhöhung der staatlichen Ausgaben zu kompensieren, in Ungarn dagegen steht dieses Mittel wegen der früheren Fehler in der Finanzpolitik nicht zur Verfügung. Dies kann man nicht nur mit der hohen Staatsverschuldung erklären, sondern auch mit dem Verlieren der Glaubwürdigkeit der fiskalischen Politik. Ungarn hielt zwischen 2003 und 2006 in keinem Jahr das im Konvergenzprogramm angenommene Defizitziel des Staatsbudgets ein, das Defizit betrug in manchen Jahren sogar das Mehrfache des geplanten Zieles. Das Programm musste jedes Jahr neu geschrieben werden – die Erfüllung des Defizitziels für das jeweilige nächste Jahr versprechend. Das Ausbesserungsprogramm des Jahres 2006 brach zwar diese Praxis ab und 2007 und 2008 wurde das Defizit gerade etwas günstiger als geplant, die Natur der Vertrauensprobleme ist nicht symmetrisch: es dauert länger das Vertrauen wieder zu erwerben, als es zu verlieren. Die Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit ist mit Opfern verbunden.

Wieder 4 Jahre verloren

Die zweite Gyurcsány Regierung begann 2006 mit einem großem Elan, die staatlichen Systeme zu reformieren. Im Rahmen der in erster Linie von den freien Demokraten geführten Gesundheitswesenreform begann die Reduzierung der Zahl der Krankenhausbetten, Arztkosten- und Krankenhausaufenthaltsbeitrag wurden eingeführt und das Leistungsvolumen der Krankenhäuser wurde eingeschränkt. Das Konzept des Krankenversicherungssystems auf Privatversicherungsbasis wurde erstellt. Im Hochschulbereich wurde der Studienbeitrag eingeführt. (siehe Bauer, 2009).

Die eiligen Reformschritte zogen zahlreiche Fehler mit sich. Die Bevölkerung wurde auf die Reformen nicht vorbereitet, noch dazu wollte man die Veränderungen bei einem immer schlechteren Krankenversorgungsniveau umsetzen, was zu noch mehr Unzufriedenheit führte. Die Parteien der Koalition waren in den grundsätzlichen Elementen der Reformen auch nicht einheitlich, die Gegensätze zeigten sich vor allem an dem Unterschied der Vorstellungen des Privatversicherungssystems. Es fehlte an den Dialogen mit den fachpolitischen Teilnehmern, die an den Reformen beteiligt waren. Dies resultierte aus der fehlerhaften Überlegung, dass die Teilnehmer des zu reformierenden Systems an der Umstrukturierung Gegeninteressen haben, deshalb soll man mit ihnen nicht verhandeln, sondern gegen sie kämpfen. Das Gegeninteresse war teilweise anwesend, trotzdem soll man der Tatsache entgegen sehen, dass ohne den Konsens der Teilnehmer des Gesundheitswesens keine erfolgreichen Reformmaßnahmen eingeführt werden können.

Die Reform wurde auch falsch kommuniziert, und die Opposition griff die Maßnahmen ständig an. All das führte im März 2008 bei der Volksabstimmung zu einem großen Übergewicht derjenigen, die gegen den Arzt- und Krankenhausaufenthaltsbeitrag, sowie den Studienbeitrag abgestimmt hatten.

Der Misserfolg brachte zahlreiche negative Konsequenzen mit sich. Kurzfristig hieß es, dass die Regierung genauso rasch mit allen Reformstrebungen aufhörte, wie sie damit begann. So wurde auch mit den Umstrukturierungen aufgehört, die *unbedingt* notwendig zur effektiveren Tätigkeit der staatlichen Dienstleistungen (besser und mit niedrigeren Kosten) wären. Die rasche Wendung basierte auf dem Missverstehen des Ergebnisses der Volksabstimmung. Die Bevölkerung sagte nämlich nicht unbedingt zu den Reformmaßnahmen, sondern zu der *Art und Weise* der Durchführung ein eindeutiges „Nein“. Noch dazu ist das Ergebnis des Referendums von der allgemein typischen negativen Stimmung, die damals das Land charakterisierte, nicht zu trennen. Was die weitgreifenden Konsequenzen anbelangt: von den Ergebnissen des Referendums im Jahre 2008 zog nicht nur die Regierung, sondern auch ein Teil der Wirtschaftsexperten und Soziologen die Schlussfolgerung, dass die ungarische Bevölkerung *grundsätzlich* ablehnend Reformmaßnahmen gegenüber ist. Obwohl wir keinen Grund haben zu behaupten, dass die Toleranz der ungarischen Bevölkerung für rationale, vorübergehend Opfer fordernde Maßnahmen niedriger wäre, als die von anderen Nationen. Es ist zweifellos, dass der Begriff „Reform“ für die ungarische Bevölkerung durch das Misslingen der Reformversuche zurzeit mit dem Chaos, der Reduzierung der Menge und des Niveaus der öffentlichen Dienstleistungen identisch ist. Es ist auch zweifellos, dass die großzügige Verteilungspolitik der sozial-liberalen Koalition zwischen 2002 und 2006, sowie die noch größeren Versprechen der Opposition erweckten die Illusion in der Bevölkerung, es sei nur eine Entscheidungsfrage, wie viel Geld eine Regierung ausgibt. Bis 2006 machte kein Politiker (in der Regierung oder Opposition) die Öffentlichkeit aufmerksam, dass die Erhöhung der Ausgaben ausschließlich mit ausländischen Darlehen finanziert wird, dessen Preis Wort wörtlich mit Zinsen erhöht zurückbezahlt werden muss. In dieser Lage war sowohl die Korrektur 2006, als auch die Verminderung der Ausgaben durch die Krise als Blitz aus dem heiteren Himmel zu sehen.

Möglichkeiten der kurzfristigen Ersparnisse – in unveränderter Struktur

Die Vollmacht der Bajnai Regierung für insgesamt *ein Jahr* und die Notwendigkeit der Umstrukturierungen schuf sogar an mehreren Punkten eine widerspruchsvolle Situation.

Der eine solche Punkt ist die Umgestaltung des *Steuersystems*. Die Bajnai Regierung führte die *Vermögenssteuer*, die Immobilien und gewisse Luxusgüter belastet, ein. Dies ist als wichtige und prinzipielle Veränderung des Steuersystems zu sehen, da es früher in Ungarn solche Steuer nicht gab. Die neue Steuer soll ab 2010 für Immobilien über 30 Millionen HUF bezahlt werden. Der Umfang der Jahressteuer ist verhältnismäßig hoch: bis 30 Millionen HUF des Umsatzwertes 0,25%, für den Teil zwischen 30 und 50 Millionen HUF 0,35%, und für den Teil über 50 Millionen HUF sogar 0,5%. Mit der Vermögenssteuer in dieser Form waren sogar die diese Steuerart unterstützenden Experten nicht restlos einverstanden. Es gab nämlich Vorstellungen, die die Vermögenssteuer von der Einkommenssteuer abziehbar gemacht hätten – als Anregung zur Verminderung der Schattenwirtschaft. Andere hatten die Vorstellung, die Vermögenssteuer aus der Gewerbesteuer abziehbar zu machen, als erster Schritt zur seit Jahren geplanten Abschaffung dieser Steuerart. Von der Bajnai Regierung wurden diese Vorschläge abgelehnt. Die Vermögenssteuer wurde von der Opposition vollkommen abgelehnt und sie kündigten an, sollten sie 2010 zu Regierung kommen, wird diese Steuer *sofort abgeschafft*. Dies schafft eine deutliche Unsicherheit im Budget 2010, da die Budgetplanung mit dieser Einnahmequelle in einer Summe von 50 Milliarden HUF (0,2% des GDP) rechnet.

Als andere wichtige Aufgabe soll man erwähnen, die ständig wachsende Verlustersatzung der *Verkehrsunternehmen* im staatlichen Besitz, in erster Linie der Eisenbahn zu reduzieren. Der sich immer mehr zunehmende Finanzierungsbedarf der Eisenbahn tickt als eine Zeitbombe im Budget. Die Bajnai Regierung versuchte, das Verkehrssystem zu verändern, was die Ersparnisaspekte des Budgets des nächsten Jahres dringend notwendig machten. Das neue Verkehrskonzept würde den Personentransport auf regionaler Basis organisieren anstatt der bisherigen getrennten Behandlung der Verkehrswege. Dementsprechend würden die schwach ausgelasteten Eisenbahnlinien (10% des gesamten Eisenbahnnetzes) eingestellt und durch Straßenverkehr ersetzt. Durch diese Maßnahme erwartet die Regierung bereits 2010 deutliche Kostenersparnisse. Das Konzept wird von vielen Teilnehmern der Branche im Grunde genommen unterstützt (ausgenommen die Eisenbahngesellschaften und die Opposition), auch wenn nicht unbedingt in der Form, wie das von der Regierung ursprünglich angekündigt wurde. Die Ablehnung der Opposition ist in dieser Frage nicht so kritisch, wie im Thema der Vermögenssteuer. Ein weiteres Problem bedeutet, dass die Umsetzung eines solchen Konzeptes eine längere Vorbereitung benötigen würde, um die Ungestörtheit der Verkehrsdienstleistungen sicher zu stellen. Die Straßenverkehrsunternehmen sind momentan nicht vorbereitet, die Aufgabe der eingestellten Eisenbahnlinien von einem Tag zum anderen zu übernehmen.

Ähnliche Probleme tauchen im Budget der *lokalen Verwaltungen* auf, denen die Regierung im Budget 2010 eine Summe von etwa 100 Milliarden HUF entziehen will. Diese Summe macht knapp 2,5% des gesamten Budgets der lokalen Verwaltung aus, deshalb ist diese Ersparnis ein reales Ziel, dazu müsste man aber die von der lokalen Verwaltung durchgeführten Aufgaben überprüfen und reduzieren. In Ungarn ist das System der lokalen Verwaltung verzettelt, was hohe Betätigungskosten bedeutet. In vergangenen Jahren wurden Maßnahmen zur Gründung von Kleinsiedlungsgesellschaften getroffen, die durch bessere Verteilung und gemeinsame Durchführung der Aufgaben zur Kostenreduzierung führt, jedoch könnte für dieses Problem die grundsätzliche Umstrukturierung des lokalen Verwaltungssystems eine Lösung bedeuten. Dies braucht aber eine zweidrittel Mehrheit im Parlament, und wurde von der Opposition verhindert.

Ähnliche Spannungen sind im *Gesundheitswesen* zu beobachten. Die Regierung reduzierte die Ausgaben dieser Branche ebenfalls, was bereits 2009 eine dramatische Lage im Gesundheitswesen

schuf: der Schuldenbestand der Krankenhäuser erhöhte sich enorm, während die Patienten weniger Chancen zur Versorgung hatten. Eine langfristige Lösung auch in diesem Bereich könnte die grundsätzliche Umstrukturierung des ganzen Gesundheitssystems bedeuten. Momentan gibt es zu viele Krankenhäuser, die Arbeitsverteilung unter ihnen ist nicht effektiv, deshalb ist die Ausnutzung der überaus teuren Geräte oft sehr niedrig.

In Ungarn gibt der Staat viel mehr für die Betätigung der *Verwaltung* aus, als der EU-Durchschnitt. Der Ausschuss der Staatsreformen (ein staatlicher Ausschuss) machte zwar noch 2006 eine komplette Bemessung – mit hohen Kosten – über die Aufgaben der Staatsverwaltung, über die Parallelitäten, die Vereinfachungsmöglichkeiten der Aufgaben, wurden diese Ergebnisse gar nicht oder nur zu einem sehr geringen Maße in der Staatsverwaltung verwendet. Bei unveränderten Aufgabenbereichen ist es schwer, die öffentliche Verwaltung billiger zu betätigen. Da hilft die Einfrierung der Löhne der Beamten wenig, da die öffentlichen Institute auf die bisherigen Entlassungen mit dem Outsourcing der Aufgaben reagiert haben, wodurch sich ihre Ausgaben kaum reduziert haben.

Die oben aufgezählten Dilemmas sind in zahlreichen anderen Ländern auch bekannt, deshalb arbeitet man ständig in mehreren Ländern Europas an der Umstrukturierung des staatlichen Sektors. Die Ausarbeitung und Umsetzung solcher Reformpakete nimmt meistens mehrere Jahre in Anspruch. Nach dem Reformfiasko der Gyurcsány Regierung hat die Bajnai Regierung in Ungarn weder Zeit noch Unterstützung, ein über Jahre dauerndes Reformkonzept auszuarbeiten und dieses auf die Bahn zu setzen.

Anstatt einer Synopse

Die Bilanz der ersten 7 Monate der Bajnai-Regierung ist eindeutig positiv. Mit den unbedingt notwendigen fiskalischen politischen Schritten wurde der Geldmarkt beruhigt, der Kurs stabilisiert und die Chance versichert, dem vorgesehenen 4%-igen Staatsdefizit in die Nähe zu kommen (im Verhältnis des GDP). Teils aufgrund des Zeitmangels und der fehlenden Bevollmächtigung kann die Regierung zahlreiche wichtige Schritte nicht durchführen, die zur langfristigen Senkung der Staatshaushaltsausgaben notwendig wären.

Die nächste Regierung wird demnach die Aufgabe haben, das mit den strukturellen Veränderungen gesicherte und haltbare fiskalische System aufzubauen.

